

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

im vergangenen Jahr habe ich meine Haushaltsrede damit begonnen, Ihnen zu erläutern, dass wir mit dem Jahreswechsel auf das Jahr 2024 vor einer ungewissen Zeit stehen würden.

Heute stehe ich vor Ihnen, um den Haushalt 2025 einzubringen. Die einzige Gewissheit, die ich Ihnen heute mit auf den Weg geben möchte ist die, dass der Blick in die Zukunft in diesem Jahr noch ungewisser erscheint.

Der Bundeskanzler wird in wenigen Tagen die Vertrauensfrage stellen und wir wählen voraussichtlich am 23.02.2025 einen neuen Bundestag. Die Frage, welche Richtung die neue Regierung einschlagen wird, und damit die Frage, welche Bundesförderprogramme im kommenden Jahr für uns noch bestehen - heute noch vollkommen ungewiss. Zudem wird im Januar der neue US-Präsident Donald Trump wiedervereidigt werden. Eine neue von Protektionismus geprägte Ära der transatlantischen Beziehungen wird aller Wahrscheinlichkeit nach eingeläutet werden. Welche Auswirkungen dies auf unsere Wirtschaft und somit die Einkommen der Eninger Bevölkerung, also den Gemeindeanteil der Einkommensteuer oder die Absatzmärkte unserer global vernetzten Eninger Unternehmen und somit unsere Gewerbesteuer haben wird, ebenfalls ungewiss.

Bereits im aktuellen Haushaltsjahr spüren wir den wirtschaftlichen Abschwung und die daraus entstehenden Unsicherheiten. Die Gewerbesteuereinnahmen befinden sich aktuell rund 1,53 Millionen Euro unter Planansatz.

Man kann nun philosophieren, was die Gründe hierfür sein mögen. Deglobalisierung und geopolitische Konflikte treffen uns als Exportnation. Die großen Investitionsstaus in die Infrastruktur des Landes und der Fachkräftemangel, welcher uns auch in sämtlichen Bereichen als Arbeitgeber betrifft, sind hinreichend bekannt. Die überbordende Bürokratie wird in Deutschland mit als Hauptkriterium gesehen, weshalb die Wirtschaft schwächelt, der Industriestandort Deutschland unattraktiver wird und weshalb große Projekte nicht mehr in dem Maß gelingen, wie man es in der Vergangenheit gewohnt war.

Auch wir im Eninger Rathaus, die immer ihr bestmögliches versuchen, bürokratische Prozesse so schlank wie möglich zu halten, ersticken teilweise unter der Bürokratie des Bundes und des Landes. Ich bin daher sehr dankbar, dass wir in Baden-Württemberg mittlerweile die Entlastungsallianz haben, die bereits erste, wenn auch kleine, Verbesserungen schafft.

Nun will ich die Einbringung des Haushalts 2025 nicht nutzen, um die großpolitischen Wolken aufziehen zu lassen. Schließlich muss es in Eningen weitergehen und wir müssen schauen, dass wir vorankommen. Gerade in schwierigen Zeiten sind es doch wir Kommunen, die es in der Hand haben, im Rahmen unserer Möglichkeiten, etwas für den Aufschwung zu tun. Wir müssen jetzt Perspektiven schaffen, um nach diesen finanziell und geopolitisch kargen Zeiten, in denen wir uns befinden und die noch vor uns stehen, nicht bei null anzufangen. Wir müssen weiterhin investieren, um keine strukturellen Infrastrukturdefizite zu schaffen, wie wir sie beispielsweise aus NRW kennen.

Ich sehe uns in vielen Bereichen gut für knappere Zeiten vorbereitet. Wir haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich in eine gute Infrastruktur investiert und sind im kommenden Jahr schuldenfrei. Die Früchte dieser vorausschauenden Investitionspolitik werden wir nun in den anstehenden mageren Jahren ernten.

Die goldenen Zeiten sind dennoch sicherlich vorbei. Im aktuellen Haushaltsjahr konnten bereits ca. 60-70 % aller Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg keine ausgeglichenen Haushalte vorlegen. Auch für das kommende Jahr kann ich Ihnen leider keinen ausgeglichenen Haushaltsentwurf präsentieren. Für das Jahr 2025 planen wir mit einem Defizit von 2.224.653 €. Zwar

haben wir uns hier um rund 415.000 € zum Vorjahresplan und um rund 1,8 Millionen € zum Plan von 2023 verbessert, dennoch sind unsere Einsparbemühungen noch nicht genug. Der planerische Verlustvortrag kann für das Jahr 2025 nur noch teilweise ausgeglichen werden. In den Folgejahren kann der Verlustvortrag überhaupt nicht mehr ausgeglichen werden. Personal- und Sachaufwendungen sind somit dauerhaft nicht zu erwirtschaften, der Haushalt nicht genehmigungsfähig.

Durch das Verankern immer neuer Aufgaben gibt es zwischenzeitlich ein gesamtstaatliches Leistungsversprechen, das sich faktisch nicht mehr finanzieren lässt. Viele dieser neuen oder ausgeweiteten Aufgaben wurden auf die Kommunen übertragen und reißen damit immer größere Haushaltslücken. Die Finanzierung des ÖPNV, die kommunale Ausfallbürgschaft für ein hochdefizitäres Krankenhauswesen, welches über die Kreisumlage mitfinanziert wird, die unzureichende Beteiligung von Bund und Land an den Geflüchtetenkosten sowie die Erfüllung von Rechtsansprüchen in Kita und bald in der Grundschule sind einige der großen Themen, die zu dieser dramatischen Entwicklung beitragen.

Wenn wir also die ganzen Pflichtaufgaben erfüllt haben, was bleibt dann in Zeiten knapperer Kassen noch für die freiwilligen Aufgaben übrig? Wir müssen uns fragen, ob und wie kommunale Daseinsvorsorge funktionieren kann.

Daher ist es wichtig, durch öffentliche Investitionen nun Konjunkturimpulse zu setzen. Aus diesem Grund haben wir uns noch in diesem Herbst um eine Aufnahme in das Landessanierungsprogramm „Ortskern II“ beworben. Wir hoffen auf eine Aufnahme im kommenden Jahr, um dann in den Wettbewerb um die Neue Ortsmitte mit Rathausneubau einsteigen zu können – ein Projekt, welches ohne Landesmittel nicht zu stemmen sein wird. Den Startschuss für dieses Mammutprojekt wollen wir mit diesem Haushaltsentwurf setzen. Insgesamt haben wir 125.000 € für ein städtebauliches Konzept und einen Wettbewerb um die „Neue Ortsmitte mit Rathausneubau“ im neu zu fassenden Sanierungsgebiet „Ortskern II“ eingestellt. Für die möglichen ersten Planungsschritte nach dem Wettbewerb, um dann auch belastbare Zahlen für einen Rathausneubau zu erhalten, sowie für erste Gebäudeabbrüche haben wir weitere 125.000 € eingestellt. Da dieses Projekt mit einer Aufnahme in das Landessanierungsprogramm gekoppelt ist, rechnen wir auf der Gegenseite mit 280.000 € Fördergeldern für den Wettbewerb, Sanierungsmaßnahmen und Abbrüche. Mit der Neuen Ortsmitte wollen wir gemeinsam ein lebenswertes Zentrum mit Aufenthaltsqualität schaffen. Klimaschutz, Nachhaltigkeit und die Schaffung von Wohnraum sind neben dem Bau eines modernen Verwaltungszentrums bedeutende Absichten. Wir wollen damit nicht nur attraktive Arbeitsplätze für ca. 60 Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter schaffen. Wir wollen einen Ort schaffen, an dem Begegnung stattfinden kann. Unser zukünftiger Sitzungsraum soll regelmäßig für öffentliche Veranstaltungen außerhalb der Rathausöffnungszeiten genutzt werden können. Sie hören - ich brenne schon, wie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, für dieses Projekt. Da ich dem Gemeinderat und der Wettbewerbsauslobung aber nicht vorgreifen möchte, belasse ich es hierbei.

Eine weitere Ungewissheit, die wir im kommenden Jahr mit den nun eingestellten Mitteln bestreiten wollen ist die der Krisenresilienz. „Formaljuristisch befinden wir uns nicht im Krieg. Aber von Frieden in Europa kann und darf man auch nicht mehr sprechen.“ So hat es kürzlich ein Vertreter der Bundeswehr bei einer von mir besuchten Fortbildungsveranstaltung erklärt, als er sich zum sogenannten Operationsplan Deutschland geäußert hat. Recht hat er- wir sehen Sabotageakte auf Infrastruktur im eigenen Land, wir hören von Hackerangriffen auf Unternehmen und Kommunalverwaltungen, um Chaos und Unsicherheit zu schüren. Wir Kommunen müssen unseren Bürgern reinen Wein einschenken, dass wir uns bereits mitten in einem hybriden Konflikt befinden. Aller höchste Zeit, krisensicher zu werden. Intern wird daher das Rathaus aktuell mittels Stresstests,

Fortbildungen für alle Beschäftigten und Krisenhandbücher im Bereich Cybersicherheit hochgerüstet. Zudem führt unser Verwaltungsstab Übungen zum Thema Black-Out durch und unsere Notfalltreffpunkte befinden sich in der finalen Konzeption.

Eine Gefahr eines Black-Outs wird von Experten zwar eher für unwahrscheinlich erachtet. Doch die Möglichkeit eines Brown-Outs, also der gezielten Abschaltung von Stromnetzen für eine gewisse Zeit, werden wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eines Tages erleben. Grund genug, um uns auch im investiven Bereich besser auszustatten. Für die in diesem Jahr eingeplanten Warnsirenen hat es aus Personalkapazitätsgründen in Verbindung mit der hohen Nachfrage nach Sirenen leider nicht mehr gereicht. Ebenso mit den großen Stromerzeugern, welche wir für die Einrichtung unserer Notfalltreffpunkte benötigen werden. Wir sind beim Thema schon weit, doch die Beschaffung wird leider erst in 2025 laufen.

Zusätzlich wollen wir im Bereich der Wasserversorgung mit Stromerzeugern die Eninger Wasserversorgung im Falle eines länger andauernden Stromausfalls absichern. Weiter sollen für 15.000 € Rollcontainer für die einzurichtenden Notfalltreffpunkte angeschafft werden und für 50.000 € eine Lagerfläche für die Stromerzeuger geschaffen werden.

Diese Ausgaben sind im Ernstfall „Hilfe zur Selbsthilfe“. Im Krisenfall gibt es schließlich keinen zweiten Boden und keine Amtshilfe von außen. Das Ahrtal hat gezeigt, dass wir resilienter werden müssen. Wir müssen im Rahmen der Daseinsfürsorge dazu beitragen, dass Eningen bis zu einem gewissen Grad autonom funktionieren wird. Gleichzeitig rufe ich alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu informieren, was man selbst tun kann, um sich in einem Krisenfall so gut wie möglich selbst versorgen zu können.

Eningen ist Vorzeigegemeinde beim Thema Hochwasserschutz und Starkregenprävention. Aus diesem Grund planen wir auch im kommenden Jahr erneut mit 500.000 € für allgemeine Hochwasserschutzmaßnahmen in der Gemeinde und zusätzlich weitere 50.000 € für die Planungen des Hochwasserschutzes am Ortsbach/Rennenbach. Ich bin hier dem Land sehr dankbar, dass wir so großzügig mit Fördermitteln in diesem so wichtigen Bereich bedacht werden. So rechnen wir im kommenden Jahr mit 350.000 € Zuschüssen. Ohne diese Mittel wären diese so wichtigen Hochwasserschutzmaßnahmen für uns nicht leistbar. Es ist ein enormer Mehrwert für unsere Bevölkerung, der hier durch kontinuierliche Tiefbaumaßnahmen entsteht.

Neben der Vorsorge für außergewöhnliche Lagen, bestreiten wir kontinuierlich Investitionen in den alltäglichen Bevölkerungsschutz. So ist das neue Tanklöschfahrzeug bereits in Produktion und die Ausschreibung für das neue Hilfeleistungslöschfahrzeug soll im kommenden Jahr erfolgen. In den Folgejahren erfolgt der Austausch eines Mannschaftstransportwagens. In den kommenden drei Jahren planen wir somit mit einer Investition in unseren Feuerwehrfuhrpark von rund 1,4 Millionen Euro. Eine stolze Summe, die wir aber bereit sind zu investieren, um unsere Bevölkerung professionell und zielgerichtet vor Schäden zu bewahren und unseren Einsatzkräften dank moderner Ausrüstung einen möglichst sicheren Einsatz zu gewährleisten. Daher werden wir im kommenden Jahr weitere 40.000 € bewegliches Vermögen der Feuerwehr investieren, um die Einsatzfähigkeit aufrecht zu erhalten.

Während die Feuerwehr zu schnell fahren darf, um rechtzeitig zum Einsatzort zu gelangen, darf dies der normale Verkehrsteilnehmer nicht. Wir wissen jedoch von unseren Überwachungsaktionen, dass sich alleine im laufenden Jahr 938 Verkehrsteilnehmer nicht an die zulässige Höchstgeschwindigkeit gehalten haben. Wir wissen, dass es insbesondere an Sommerabenden zu massiven Geschwindigkeitsüberschreitungen zum Beispiel in der Bahnhofstraße oder in der Raite kommt. Wir sehen die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr außerhalb der Dienstzeiten des Ordnungsamts in diesem Bereich gefährdet. Daher wollen wir im kommenden Jahr ein ganz

besonderes Projekt interkommunaler Zusammenarbeit eingehen. Gemeinsam mit der Stadt Pfullingen wollen wir einen Blitzeranhänger beschaffen, um künftig eine engmaschigere Geschwindigkeitsüberwachung bei Tag und Nacht zu gewährleisten. Hierfür haben wir 70.000 € eingestellt. Ich bin mir sicher, dass der Anhänger seine erzieherische Wirkung, zumindest bei den Meisten, entfalten wird.

Wo wir grade von Erziehung reden – derzeit können wir 39 Kindern keinen Kindergartenplatz anbieten. Und das, obwohl wir in diesem Jahr den Tommentalkindergarten um eine halbe Gruppe erweitert haben und pünktlich nach den Sommerferien geöffnet haben. Im kommenden Jahr werden wir den 4-gruppigen Neubau des St. Raphael Kindergartens einweihen. Somit werden wir hier insgesamt eine Gruppe hinzugewinnen. Dankenswerter Weise planen wir für diese über 6 Millionen € teure Investition im kommenden Jahr noch mit einem Zuschuss der KfW in Höhe von rund 413.000 €. Weitere 350.000 € wollen wir in das neue Raumangebot des Waldkindergartens investieren. Neben den baulichen Voraussetzungen sind es aber die Voraussetzungen, genügend Fachkräfte zu halten. Aus dem Stand könnten wir heute fünf pädagogische Fachkräfte einstellen. Es ist ein strukturelles Problem, das uns Gemeinden in ganz Deutschland trifft. Bundesweit fehlen knapp 100.000 pädagogische Fachkräfte. Erst am Montag habe ich mir bei einer Teamsitzung in einer unserer Einrichtungen erneut ein Bild von der aktuellen Situation gemacht. Die Herausforderungen, vor denen unsere Fachkräfte hier stehen, sind unglaublich. Die Gesellschaft hat sich hier radikal gewandelt. Erziehung ist eine Dienstleistung, die eingekauft wird und nicht mehr von zu Hause aus mitgebracht wird. Ich verstehe, dass der Job in einer Kita zwischenzeitlich ein sehr dickes Fell und ein hohes Maß an intrinsischer Überzeugung erfordert. Tauschen wollen würde ich nicht. Wir, Gemeinderat und Verwaltung, haben uns schon oft den Kopf zerbrochen, wie wir für Mitarbeiter attraktivere Kitas schaffen können. Nun haben wir in der Verwaltung eine Idee entwickelt. Da der Inklusionsbedarf immer mehr zunimmt, planen wir im ehemaligen Johanneshaus, in welchem derzeit der Kindergarten St. Raphael interimweise untergebracht ist, eine integrative Kindergartengruppe in Kooperation mit einem freien Träger sowie eine kommunale Krippengruppe einzurichten. Hierdurch erhoffen wir uns, eine Entlastung der restlichen Einrichtungen im Ort. Somit wollen wir, was noch viel wichtiger ist, als neues Personal zu finden, unser vorhandenes Personal halten.

Zum Thema Personal halten – Der TVÖD gibt uns wesentlich kleinere Spielräume, neues Personal anzulocken, geschweige denn, vorhandenes zu halten. Wir bauen daher kontinuierlich unser employer branding aus – also unsere Arbeitgebermarke. Wäre ich nicht von der Marke „Eningen unter Achalm“ als Arbeitgeber überzeugt, wäre ich auch heute nicht Ihr Bürgermeister. Wir sind einfach ein toller Laden, wenn man das an dieser Stelle einmal so sagen darf. Diese Erkenntnis habe ich in dieser Woche durch eine große Mitarbeiterumfrage validiert. Die Erkenntnisse dieser Umfrage, die ich dem Gemeinderat noch vorstellen werde, sind wertvoll, um als Arbeitgeber noch attraktiver zu werden. Wir sind schon gut, aber es gibt definitiv Punkte an den weichen Faktoren, an denen wir verwaltungsintern noch ansetzen können. Neben dem Jobticket, welches wir schon länger anbieten, haben wir in diesem Jahr die Möglichkeit eines Fahrradzuschusses eingeführt. Diese Maßnahme ist sehr gut angenommen worden, sodass sämtliche Mittel aufgebraucht wurden. Wir wollen daher den Fahrradzuschuss erneut anbieten und damit jenes etablieren, was in der freien Wirtschaft schon längst zum Standard geworden ist.

Manchmal sind es eben die Kleinigkeiten, die etwas besonderes ausmachen. Nicht nur beim Thema Eningen als Arbeitgeber, sondern auch beim Thema Eningen als inklusive Gemeinde. Wir wollen im kommenden Jahr für 10.000 € Sitzbänke mit unterschiedlichen Sitzhöhen für die Ortsmitte und den Krügerpark anschaffen. Hiermit wollen wir es schaffen, dass zum Beispiel ältere Menschen, denen das Aufstehen schwerfällt, während ihres Spaziergangs leichter eine Ruhebänke nutzen können.

Eine weitere Kleinigkeit soll im kommenden Jahr fertig gestellt werden. Unser Lindenplatz am Naturfreundehaus fristete ein Schattendasein. Bei Veranstaltungen stand man regelmäßig im knöcheltiefen Dreck. Bei Spaziergängen nach einem Regenfall, musste man eine schier unüberwindbare Pfütze umqueren. Mit einfachsten Mitteln haben wir den Lindenplatz nun aufgewertet und zu einer vorzeigbaren und einladenden Ruheoase gewandelt. Der Bauhof hat vorhandene Pflastersteine verwendet, um das vorhandene Halbrund auszugleiten. Der Brunnen wurde erhöht, sodass er nicht mehr überläuft. Die Natursteinwand wurde mit gebrauchten Steinen und einer Holzbank ergänzt. Es war amüsant, nun im Nachgang herauszufinden, dass bereits Paul-Jauch, der an diesem Ort Kunst schaffte, eine quasi identische Vorstellung vom Lindenplatz hatte, wie er nun existiert. In Anbetracht des angespannten Haushalts ist die Umgestaltung des Lindenplatzes für mich ein Vorzeigeprojekt, wie man mit wenig Mitteln die maximale Wirkung entfacht. Mein Dank gilt an dieser Stelle unserem Bauhof, der hier grandiose Arbeit geleistet hat. Besonders hervorheben möchte ich Herrn Maurice Fromm, der für die Pflasterung verantwortlich war. Da es sich beim Lindenplatz um einen Ort der Kunst handelt, soll dort zukünftig nicht nur die bestehende Jauch-Sicht, sondern auch eine Fischreiher-Skulptur von Eduard Raach-Döttinger ihren Platz finden. Hierfür haben wir 2.700 € eingestellt. Ich freue mich schon sehr darauf, Sie im Frühling zur Einweihung an den Lieblingsplatz von Paul-Jauch einzuladen, um gemeinsam mit Ihnen die Magie dieses Ortes zu genießen.

Der Name Paul-Jauch bereitet derzeit aber nicht nur frohe Gesichter in diesen Reihen. Die Rede ist natürlich vom Paul-Jauch-Haus. Das Geburtshaus unseres prominenten Bleistiftzeichners, weist, wie Sie alle wissen, Risse auf. Daher planen wir derzeit mit 225.000 € in 2025 und weiteren 200.000 € in 2026 für die Sanierung dieses Denkmals.

Ein Denkmal ist unsere Achalmschule zum Glück nicht. Jedoch werden die Baumaßnahmen an unserer Grundschule daher nicht weniger kostspielig. Wir müssen ab 2026 den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in Grundschulen gewährleisten. Somit müssen wir nun kräftig investieren. Im kommenden Jahr werden 3,8 Millionen € eingeplant, in den Folgejahren 6,3 Millionen € und 4,6 Millionen €. Summen bei dem es einem schwindelig werden darf, zumal es mir ein Rätsel ist, woher das Betreuungspersonal für dieses Multimillionenprojekt kommen soll. Wir hoffen sehr stark, dass wir für dieses Projekt Fördermittel erhalten. Schließlich muss hier ein Rechtsanspruch durchgesetzt werden, den unsere Kommunalpolitik nicht zu verantworten hat. Ich sehe hier Bund und Land in der Pflicht, dem Konnexitätsprinzip Rechnung zu tragen. Wer bestellt, der zahlt. Basta. Für die kommenden drei Jahre haben wir jeweils 590.000 € Zuschuss eingeplant. Wer rechnen kann, der sieht sich bestätigt, dass das Leistungsversprechen des Staates die Leistungsfähigkeit des Staates bei Weitem übersteigt. Die weiteren Beratungen im kommenden Jahr werden zeigen, wie wir uns dem Thema Achalmschule annehmen werden, schließlich ist Bildung ein Schlüssel für Wohlstand und um Wohlstand zu sichern, müssen wir in die Bildung unserer Kleinsten investieren.

Zu einer Säule unseres Wohlstandes gehört für uns in Eningen auch unser Gewerbe. Konsolidieren bedeutet schließlich nicht nur, Ausgaben zu senken, sondern auch die lokale Wertschöpfung zu maximieren. Uns allen hier im Saal ist es ein Anliegen, die Unternehmen zu halten, die bereits da sind. Uns ist es ein Anliegen, dass unsere Unternehmen wieder an Fahrt aufnehmen. Wir werden daher in Kürze den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Kugeläcker fassen. Wir tragen damit dazu bei, dass der Wirtschaftsstandort Neckar-Alb attraktiv bleibt und wir Jobs, Wertschöpfung, Produktion und know-how in der Region und Gemeinde halten. Daher investieren wir im kommenden Jahr 350.000 € in die Entwicklung und Erschließung dieses wichtigen Gewerbegebiets.

Gleich zu Jahresbeginn wollen wir im Gebiet „Alte Weberei“ den Grundsatzbeschluss für eine mögliche Entwicklung von Einzelhandel und Wohnen fassen. Für die weiteren Planungsschritte haben

wir für die kommenden vier Jahre jeweils 232.000 € vorgesehen. Für bezahlbaren Wohnungsbau im Ort haben wir zusätzlich eine erste Planungsrate von 80.000 € eingestellt.

Auch wenn ich Ihnen nun mit rund 10,8 Millionen Euro ein relativ üppiges Investitionsprogramm vorgelegt habe, ist die finanzielle Lage mehr als ernst. Als Bürgermeister ist es meine Pflicht nicht nur oberster Visionär zu sein. Meine Pflicht ist das Visionär sein damit zu verbinden, den Haushalt auf solide Beine zu stellen und eine nachhaltige Haushaltswirtschaft zu realisieren. Wir werden also im kommenden Jahr alles auf den Prüfstand stellen, um unsere Personal- und Sachaufwendungen wieder dauerhaft finanzieren zu können. Es wird keine Tabus oder Denkverbote bei unserer Haushaltsstrukturkommission im kommenden März geben. Unsere derzeitigen Konsolidierungsmaßnahmen reichen nämlich nicht aus.

Die kommunalen Haushalte im Land sind in Schieflage. In Eningen geben wir alle unser Bestes, um aus dieser Schieflage eine Startrampe für gute Zeiten zu gestalten.

Ich bedanke mich bei der Finanzverwaltung, allen voran Herrn Schwarz und Frau Jenke-Bi, die unter höchster Kraftanstrengung diesen Haushalt noch im November des alten Haushaltsjahres im Entwurf vorgelegt haben, sodass wir diesen noch im Dezember beschließen können. Damit haben wir einen lang gehegten Wunsch aus dem Gremium erfüllt. Ich bedanke mich zudem bei allen Kostenstellenverantwortlichen, die ihren Teil dazu beigetragen haben, die Haushaltsplanung entsprechend in den Mittelanmeldungen zu unterstützen. Abschließend bedanke ich mich beim Gemeinderat, der ausnahmsweise heute an einem Mittwoch tagt. Es war uns jedoch sehr wichtig, den Haushalt noch im November einzubringen.

Ich bedanke mich für die stets sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit hier im Gremium. Wir alle sitzen in einem Boot und ich weiß bei all der Ungewissheit, die da noch so kommen mag, dass wir gemeinsam auch in Zukunft lösungsorientierte Beschlüsse fassen werden und wir, Verwaltung und Gemeinderat, uns weiterhin aufeinander verlassen können. Dafür von Herzen mein Dankeschön an Sie und Euch.